

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 100 (2025)
Heft: 3

Rubrik: News

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

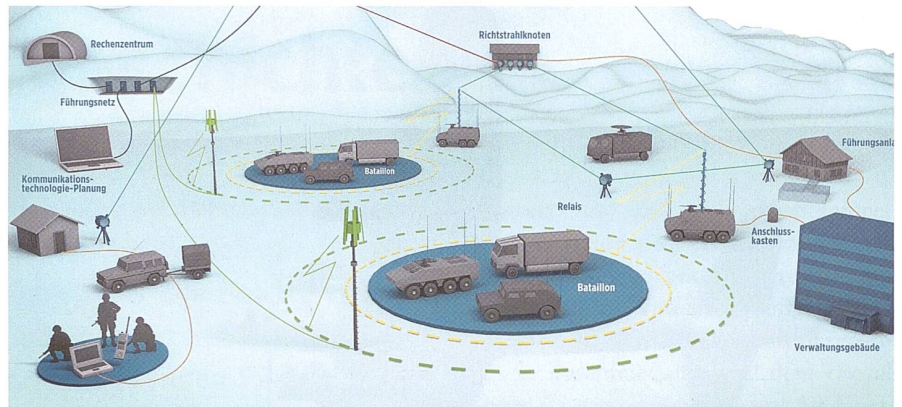
PROBLEME MIT ELBIT

TK A-Projekt verzögert sich um drei Jahre

Die Schweizer Armee hat sich zum Ziel gesetzt, ihre veralteten Telekommunikationssysteme zu erneuern – viele dieser Anlagen stammen noch aus den 1990er-Jahren und stossen in den kommenden Jahren an ihr Ende. Das Grossprojekt «TK A – Telekommunikation der Armee», das bereits 2008 ins Leben gerufen wurde und die zu ersetzenden Systeme in ein Gesamtkonzept integrieren soll, gerät nun ins Stocken. Ursprünglich sollte das Projekt 2032 abgeschlossen sein, doch aufgrund von Lieferschwierigkeiten und Mängeln bei der Beschaffung rechnet man aktuell mit einem Endtermin im Jahr 2035.

Falsche Kabellängen

Der erste Beschaffungsschritt beinhaltet die Anschaffung und Einführung von Richtstrahlgeräten mit erweiterter Funktionalität und konnte bereits abgeschlossen werden. Beim zweiten Schritt – die Beschaffung neuer Generationen taktischer Funksysteme, neuer Bordverständigungsanlagen und neuer Sprechgarnituren – kam es zu Lieferschwierigkeiten und Qualitäts-



Das Projekt TK A modernisiert die Übertragungs- und Vernetzungsleistungen, um Einsätze in einem digitalisierten Gefechtsfeld mit hohem Operationstempo erfolgreich zu ermöglichen.

mängeln. Konkret wurden etwa Komponenten mit falschen Kabellängen geliefert.

Neuausrichtung bis Anfang 2026

Projektaufichtsleiter und Cyberkommandochef Simon Müller führt gegenüber «Blick» die Verzögerungen auf die Probleme mit der israelischen Lieferantin Elbit zurück. «Die Firma hat Schwierigkeiten, die geforderte Qualität zu garantieren und termingerecht zu liefern», erklärt Müller.

Er betont, dass im Rahmen einer umfassenden Neuplanung, welche auch alle an «TK A» abhängigen Projekte einbezieht, versucht wird, die technische Reife und Zuverlässigkeit der Beschaffung zu verbessern. Müller zeigt sich zuversichtlich, dass bis Anfang 2026 eine Neuausrichtung erfolgen kann – sollte sich jedoch bis dahin keine Verbesserung abzeichnen, müsse sogar ein Abbruch des Teilprojekts in Erwägung gezogen werden. *red.*

20 % WENIGER MATERIAL

Die Armee spart, damit ihr Material einsatzfähig bleibt

Die Armee kürzt das Material für Grund- und Fortbildungsdienste um 20 Prozent, damit sie in Katastrophenfällen, bei Sicherungs- und Unterstützungseinsätzen immer das nötige Gerät bereit hat. Einige Systeme können nämlich momentan nicht vollständig instandgehalten werden.

Viele alte Geräte brauchen viel Wartung. Dazu kommen begrenzte finanzielle Mittel und zu wenig Fachpersonal, um alle Systeme zu pflegen. Die Vielfalt der eingesetzten Geräte macht das Ganze noch komplizierter. Aus diesem Grund werden bestimmte Systeme wie PIRANHA, Schützenpanzer 63, Schützenpanzer 2000, Panzer Leopard, Personenwagen, Kleinbusse vom Typ Sprinter, Lieferwagen, Truppentransporter DURO und einige Anhänger nur eingeschränkt an die Truppen ausgegeben. Diese Massnahme



Die Einsatzfähigkeit des Schützenpanzers 2000 (CV9030) soll bis 2040 sichergestellt sein.

gilt vorerst bis Ende 2025. In der zweiten Jahreshälfte wird entschieden, wie es weitergeht.

Task Force im Einsatz

Zur Kontrolle der Sparmassnahmen hat die Armee eine armeeübergreifende Task Force eingerichtet. Sie überwacht, wie

sich die Sparmassnahmen auf die militärischen Verbände und die Instandhaltung auswirken. Ihr Ziel ist es, die Versorgung mit Material gut zu steuern und Einschränkungen so gering wie möglich zu halten.

Einsätze nicht betroffen

Diese Sparmassnahmen betreffen nur die Ausbildungs- und Fortbildungsdienste. Einsätze der Armee, egal ob geplant oder unvorhergesehen, bleiben davon aussen vor. Truppen und Rekrutenschulen, die ihre Materialbedarfe bereits mit der Logistikkbasis der Armee abgesprochen haben, spüren die Kürzungen nicht. Nur Einheiten, die noch keine Abstimmung vorgenommen haben, könnten Einschränkungen bei den genannten Systemen erleben.

Mit diesen Schritten will die Gruppe Verteidigung sicherstellen, dass die Armee trotz der aktuellen Herausforderungen jederzeit einsatzfähig bleibt. *red.*

SECHS MASSNAHMEN ZUR REDUKTION DER ABGÄNGE

Bundesrat verschärft Zulassungsregeln für den Zivildienst

Der Bundesrat hat eine Botschaft zur Änderung des Zivildienstgesetzes verabschiedet – eine Massnahme, die auf einer Motion der SVP-Fraktion aus März 2023 basiert. Ziel der sechs vorgeschlagenen Massnahmen ist es, die Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst deutlich zu reduzieren.

Im Jahr 2023 wurden noch 6754 Zulassungen registriert – eine Zahl, die der Bundesrat als «problematisch» erachtet, vor allem bei Rekruten, Fachspezialisten und Kadern, die bereits umfangreiche Militärdienstleistungen erbracht haben. Un-

ter anderem sieht der neue Plan vor, dass alle Gesuchsteller nach der erfolgreichen Rekrutenschule künftig mindestens 150 Zivildiensttage absolvieren müssen – unabhängig von der Anzahl der noch ausstehenden Militärdiensttage. Zusätzlich ist ab Zulassung ein jährlicher Einsatz verpflichtend, und wer während der Rekrutenschule einen Antrag stellt, muss den entsprechenden Zivildienstleistung im Folgejahr leisten.

Weiterhin sollen Militärdienstpflichtige, die alle Ausbildungstage bereits erbracht haben, künftig vom Zivildienst ausgeschlossen werden – ein Schritt, der

verhindern soll, dass sich Soldaten der Schiesspflicht entziehen. Neu findet zudem eine Angleichung des Dienstleistungsrhythmus von Militär- und Zivildienst statt. Es gilt eine jährliche Einsatzpflicht ab dem Kalenderjahr nach der Zulassung.

Finanzielle und personelle Auswirkungen

Der Bundesrat rechnet damit, dass diese Massnahmen die jährlichen Zulassungen auf rund 4000 senken werden. Langfristig führt dies zu weniger Dienstagen im Zivildienst, was laut Regierung hinzunehmen ist, um das verfassungsmässige Prinzip der Wehrpflicht – ohne Wahl zwischen Militär- und Zivildienst – zu wahren.

Zudem ist mittelfristig mit verminderten Einnahmen des Bundes aus der Abgabe der Einsatzbetriebe und im Ausbildungsbereich mit einer leichten Aufwandreduktion zu rechnen. Die erwartete Reduktion der geleisteten Zivildiensttage wird mittelfristig die Erwerbsersatzordnung und die Militärversicherung entlasten. *red.*

Die sechs Massnahmen im Überblick

1. Mindestanzahl von 150 Diensttagen
2. Faktor 1.5 gilt auch für Unteroffiziere und Offiziere
3. Keine Einsätze, die ein Human-, Zahn- oder Veterinärmedizinstudium erfordern.
4. Keine Zulassung von Angehörigen

5. Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung
6. Pflicht, den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abzuschliessen, wenn das Gesuch während der RS gestellt wird.

RUAG-SKANDAL

Ermittlungen gegen Ex-Manager wegen Millionenverlusten

Ein ehemaliger Spitzenmanager der Ruag soll über Jahre hinweg Militärmaterial zu fragwürdigen Konditionen weiterverkauft und dabei Millionenverluste verursacht haben. Ermittlungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) zeigen mögliche Manipulationen bei der Bewertung und Weitergabe von Ersatzteilen.

Die EFK prüft aktuell 26 nicht abschliessend geklärte Geschäfte, in denen der ehemalige Manager eine tragende Rolle gespielt haben soll. Im Zentrum der Untersuchungen steht unter anderem ein Kauf von gebrauchten Ersatzteilen für die Panzer Leopard 1 und 2 aus Beständen der niederländischen Armee im Juli 2020 zu einem Spottpreis.

Teile davon wurden in den Ruag-Bestand übernommen, der übrige Anteil wurde zu erhöhten Preisen an einen deutschen Schrott- und Militärmaterialhändler weiterveräussert.

Die Finanzkontrolle beziffert den Schaden aus der Manipulation von Warenwerten in der Ruag-Buchhaltung auf 12 bis zu 30 Millionen Euro. Zudem gibt es Hinweise, dass der ehemalige Manager auch in den Verkauf von 100 Leopard-1-Panzern samt Ersatzteilen aus italienischen Beständen involviert war. Hierbei sollen minderwertige Ersatzteile als neuwertig ausgewiesen worden sein, während hochwertige Teile mit geringem oder gar keinem Buchwert erfasst wurden.

Die Ruag hat mittlerweile eine Strafanzeige gegen den Walliser, der das Unternehmen 2022 verlassen hatte, eingereicht. Die Untersuchung gestaltet sich jedoch schwierig, da juristische Hürden eine vollständige Einsicht in die Dokumente der deutschen Ruag-Tochter erschweren, über die der mutmassliche Komplize günstig mit Militärmaterial versorgt wurde. Zudem will die Ruag will die Armee vollständig entschädigen und personelle Veränderungen einleiten.

Kritik an politischen Verantwortlichen

Die EFK betont, dass der Verdacht auf strafrechtlich relevante Tatbestände vorliege, darunter ungetreue Geschäftsführung, Betrug, Urkundenfälschung und Geldwäscherei. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Die SP fordert eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), um die Vorgänge umfassend aufzuarbeiten. Dabei soll nicht nur der Ruag-Skandal untersucht werden, sondern auch die generellen Kontrollmechanismen innerhalb des VBS.

Die Aufarbeitung dieses Falls sowie weiterer Vorgänge dürfte auch den neuen Verteidigungsminister beschäftigen. Angesichts der angespannten sicherheitspolitischen Lage ist es entscheidend, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen.

Weitere Fehlritte dieser Art kann sich weder das VBS noch die Schweiz leisten – jeder weitere Skandal könnte das Vertrauen in die Institutionen und deren Kontrolle weiter erschüttern. *red.*